

Sitzungsvorlage

Gremium: Gemeinderat
Am: 25.03.2021

Betreff:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema "Sicherer Hafen"

Anlage(n):

Mitzeichnung

Anlage 1: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema „Sicherer Hafen 2020“

Anlage 2: Seebrücke Forderungen Sicherer Hafen

Anlage 3: Beantwortung der Fragen aus dem VFA vom 15.10.20 durch die antragstellenden Fraktionen

Anlage 4: Rückmeldung Regierungspräsidium Stuttgart zur Prüfung des Antrags

Beschlussvorschlag:

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD abzustimmen.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	25.03.2021	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Das Landratsamt Ludwigsburg hat für Kornwestheim eine Unterbringungsquote von 47 Personen für das laufende Jahr vorgesehen. Die Aufnahmequote aus dem letzten Jahr konnte nicht vollständig erfüllt werden. Stand 28.02.2021 belief sich der Rückstand 2020 auf 35 Personen. Die Stadt Kornwestheim wird daher **82 Personen im Jahr 2021** unterbringen müssen.

In den kommenden Wochen und Monaten werden vom LRA weitere Personen in die Anschlussunterbringung in Kornwestheim zugewiesen. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Rückstand vom letzten Jahr mit den vorhandenen räumlichen Ressourcen abgearbeitet werden kann. Die Erfüllung der Quote 2021 wäre nur möglich, wenn alle räumlichen Ressourcen belegt werden und eine engere Belegung erfolgt (mind. 10 qm/Person). Dies ist in der nachfolgenden Auflistung berücksichtigt. Darüber hinaus ist die relativ teure Containeranlage in der Stuttgarter Straße (50.000 €/Jahr) auch weiterhin erforderlich und kann nicht wie geplant mittelfristig abgebaut werden. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass keinerlei Ressourcen für eine Umlegung bei Konflikten vorhanden wären. Ebenso würden so gut wie keine Möglichkeiten der Unterbringung bei Zwangsräumungen vorhanden sein.

Sollte sich die politische Situation nicht wesentlich verändern, geht die Verwaltung von einer jährlichen Unterbringungsquote zwischen 40 und 50 Personen für Kornwestheim in den nächsten Jahren aus. Für 2022 könnte bei rechtzeitiger Sanierung das 2. und 3. Obergeschoss des Gebäudes Villeneuvestraße 92 genutzt werden. Wieviel Kapazitäten dadurch entstehen, kann noch nicht explizit genannt werden.

Nachfolgend können Sie der Auflistung entnehmen, über wieviel Kapazitäten die jeweiligen Unterkünfte unter Berücksichtigung einer engeren Vollbelegung verfügen (Stand 12.03.2021):

Stuttgarter Straße 210:	11 Personen
Stuttgarter Straße 210/1:	07 Personen
Adlerstraße 17/1:	21 Personen
Oberer Klingelbrunnen 53:	07 Personen
Pflugfelder Straße 45:	00 Personen
Unterer Klingelbrunnen 25:	00 Personen
Jakobstraße 16:	03 Personen
Unterer Klingelbrunnen 18:	00 Personen
Bolzstraße 31:	00 Personen
Werner-Heisenberg-Str. 27:	06 Personen
Heinkelstraße 12:	05 Personen
Villeneuvestr. 92:	<u>21 Personen</u>
	81 Personen

Hinweis:

Die Adlerstraße, 2. OG ist derzeit als Corona-Wohnung geblockt. Die Adlerstraße, 1. OG muss saniert werden, wenn Umsetzungen erfolgt sind und wird für obdachlose Frauen vorgehalten. In der Villeneuvestraße 92 bestehen weitere Belegkapazitäten ab dem Jahr 2022 zur Verfügung.

In Anbetracht der zeitlich befristeten und mit hohen Kosten verbundenen Containerplätze in der Stuttgarter Straße, muss die Stadt Kornwestheim für die kommenden Jahre weitere zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen.

Vorschlag der Verwaltung:

Bereits in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 05.03.21 hat die Verwaltungsspitze einen Kompromissvorschlag unterbreitet, da die Forderung im Antrag zur Übernahme von Flüchtlingen über die Quote hinaus nicht umgesetzt werden kann. Die Stadt hat dafür in den nächsten Jahren keine verfügbaren Unterbringungsmöglichkeiten. Außerdem fühlt sich die Stadt Kornwestheim nicht nur der Unterbringung, sondern auch der sozialen Betreuung und einer erfolgreichen Integrationsarbeit in Kornwestheim verpflichtet.

Der Kompromissvorschlag der Verwaltung lautet wie folgt:

1. Die Stadt Kornwestheim erklärt sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht und dem Ziel einer sicheren und menschenwürdigen Migrationspolitik.
2. Die Stadt Kornwestheim setzt sich für eine transparente Darstellung der unternommenen Handlungsschritte für eine menschenrechtskonforme Migrationspolitik ein.